

zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Eckhard Behrens **3** Euro- oder Schuldenkrise? - Eine Verbindung des Euro mit nationalen Regiogeldern überwindet Rezessionen
- Ludwig Schuster & Margrit Kennedy **10** Mit einer Komplementärwährung kann Griechenland abwerten und in der Euro-Zone bleiben
- Christian Kreiss **13** Wege aus der Finanz- und Wirtschaftskrise – Drei politische Weichenstellungen
- Silke Helfrich **21** Commons/Gemeingüter – Ein Leitbild für das 21. Jahrhundert
- Hans-Peter Aubauer **31** Eine wirtschaftlich und sozial verträgliche Ressourcenwende
- Achim Lerch **39** CO₂-Emissionshandel – effizient oder gerecht?
- Fabian Thiel **48** Die Bodenpolitik Sun Yat-sens und ihre Auswirkungen auf das zeitgenössische Landmanagement in der VR China
- Renate Börger **57** „Small is beautiful“ – Zum 100. Geburtstag von Ernst Friedrich Schumacher
- 61** Bücher – Personalie – Veranstaltungen
- 76** 49. Mündener Gespräche in der Reinhardswaldschule

Euro- oder Schuldenkrise ?

Eine Verbindung des Euro mit nationalen Regiogeldern überwindet Rezessionen

Eckhard Behrens

Staatsschulden bringen den Euro in Gefahr, sagen Euro-Gegner schon immer. Deshalb wollten sie den Euro von Anfang an nicht. Später wehrten sie sich gegen den Beitritt gewisser Staaten. Aber auch die Euro-Befürworter teilen diese Meinung und spannen wegen der Schulden einiger Euro-Staaten teure Rettungsschirme für den Euro auf. Beide Seiten haben sich auf gefährvolle Irrwege begeben und sehen nicht, dass es erfolgversprechende Wege aus der Krise gibt.

Der Euro diszipliniert

Richtig ist zunächst einmal genau das Umgekehrte. Der Euro bringt Mitgliedsstaaten in Gefahr, die zu viele Schulden machen oder schon gemacht haben. Sie müssen höhere Zinsen zahlen als Staaten, die solide haushalten. Und wenn sie gleichwohl ihre jährliche Neuverschuldung fortsetzen, bekommen sie eines Tages auch keine neuen Kredite mehr, mit denen sie ihre alten Schulden zurückzahlen können. Sie sind dann offensichtlich zahlungsunfähig und können ihre Verpflichtungen – auch gegenüber ihren Bürgern – nicht mehr erfüllen. Schon vorher beschließen und vollziehen sie schmerzhaft Sparhaushalte, die den Lebensstandard ihrer Bevölkerung enorm senken. Das ist ein Problem für die ökonomische und politische Stabilität dieser Staaten, aber nicht für die Preisstabilität des Euro.

Im Schlepptau dieser gefährdeten Schuldner bringt der Euro auch deren „Gläubiger“ in Gefahr, weil sie „glaubten“, ihr Geld vollständig zurückzubekommen – natürlich mit Zinsen, die in verlockender Weise höher waren als anderswo. Risikoprämien sind eine Entschädigung dafür, dass man sein geliehenes Geld voraussichtlich nicht vollständig zurückbekommen wird. Wo ist das Problem? Wer das Risiko richtig einschätzte, ist durch erfolgte Zinszahlungen bereits ent-

schädigt. Wer es falsch einschätzte, soll für seine freie Fehlentscheidung selbst haften.

Sorgen um den Euro sind unberechtigt. Sorgen machen muss man sich nur um die überschuldeten Staaten, denen die Gemeinschaftswährung die Fluchtwege abschneidet, die sie mit ihren früheren nationalen Währungen hatten, nämlich den Weg in die Inflation und/oder den Weg in die staatlich verfügte Abwertung. Beide Maßnahmen waren sehr ungerecht. Es ist wirklich gut, dass der Euro sie nicht mehr zulässt. Der Euro ist gerechter, als es die nationalen Währungen waren. Er macht Misswirtschaft mittelfristig sichtbar und nimmt die Verursacher in Haftung.

Erzwungene Konvergenz

Dies sind einfache, aber strenge ökonomische Gesetzmäßigkeiten, die schon vor der Einführung des Euro bekannt waren. Deswegen haben sich die ursprünglichen Euro-Staaten über Jahre hinweg vorbereitet, indem sie sich um eine Konvergenz ihrer Währungs-, Zins- sowie Wirtschafts- und Finanzpolitik bemühten. Auch später durfte nur beitreten, wer die Konvergenzkriterien erfüllte. Durch dieses Nadelöhr mussten sich alle Mitgliedsländer einmal hindurchzwingen, damit jedes Land mit einer annehmbaren Ausgangsposition in den offeneren Wettbewerb innerhalb der Eurozone eintrat. Der Umtauschkurs war die eindeutig letzte, nicht wiederholbare Chance, sich – wie bei einer Abwertung – einen kleinen Startvorteil zu verschaffen. Der Euro machte als gemeinsamer Wertmaßstab alle Kosten und Preise besser vergleichbar und legte damit alle Standortschwächen, aber auch Standortvorteile offen. Darauf haben die Unternehmen und die Mitgliedsstaaten mit unterschiedlichem Geschick reagiert.

Diese ökonomischen Gesetzmäßigkeiten wirken auch dann, wenn man sie anfänglich über-

sieht oder nicht an sie glaubt. Kein Mitgliedsland kommt an ihnen vorbei. Aber weil man nicht an sie glaubte oder aus anderen Gründen Ausbruchversuche befürchtete, haben die Europäer einen Stabilitätspakt geschlossen, um die Mitgliedsstaaten in einen wirtschafts- und haushaltspolitischen Gleichschritt zu zwingen mit höchstens 3% Neuverschuldung und höchstens 60% Gesamtverschuldung – jeweils gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) des einzelnen Mitgliedsstaates. Diese Werte sollten gewährleisten, dass die Schuldenlast bei normaler Wirtschaftsentwicklung tragbar war. An diesen Vertrag haben sich viele nicht gehalten, weil sie glaubten, zu den vereinbarten Sanktionen würde es im Falle eines Verstoßes schon nicht kommen. Und so war es denn ja auch. Trotzdem war der Euro nie in Gefahr. Die Verstöße gibt es schon lange und der Euro ist stabiler als es die DM war.

Der Euro funktionierte, als einige Mitgliedsstaaten nicht in den europäischen Gleichschritt der Wirtschafts- und Haushaltspolitik hineinfanden oder aus ihm herausfielen. Als die Schuldensmacher offensichtlich kein Ende fanden und die fein gesponnenen juristischen Stricke des Stabilitätspaktes rissen, ließ der Euro einfach die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten wirken. Die Zinsen für ihre neuen Schulden stiegen sprunghaft, die Kurse ihrer alten Anleihen mit noch erträglichen Zinsen fielen dramatisch. An der Volatilität der Kurse labte sich die Spekulation. Die Altgläubiger, die schon verkauft haben, sind bereits ökonomisch bestraft für ihre leichtfertige Kreditgewährung. Die Nochgläubiger zittern, ob Zins und Tilgung vollständig fließen werden oder ob sie auch Verluste werden hinnehmen müssen, die möglicherweise sogar die Risikoprämien überschreiten werden, die die Ursache der neuerdings höheren Zinsen sind.

Haben die vereinbarten juristischen Sanktionen die Aufmerksamkeit von den drohenden ökonomischen Sanktionen abgelenkt? Vielleicht wäre es ohne die nachträgliche Vereinbarung des Stabilitätspaktes allen klarer gewesen, dass der Euro-Raum ein wirtschaftlicher Geleitzug ist, dessen Tempo aber nicht vom langsamsten Schiff bestimmt wird, sondern vom gewogenen Durchschnitt. Jedes Land bestimmt im Wesentlichen

selbst, ob es die Chancen größerer Transparenz im Euro-Raum ökonomisch nutzt oder nicht. Nur vorübergehend kann es seinen Lebensstandard mit der Aufnahme von Schulden erhöhen. Letztlich wird dieser doch von der ökonomischen Leistungsfähigkeit bestimmt, also von der flexiblen Anpassung an die Bedingungen für eine neue Arbeitsteilung im Euro-Raum.

Die angebliche „Euro-Krise“

Zu den Anleihegläubigern der überschuldeten Staaten zählen mächtige Versicherungen, Investmentfonds und Banken in anderen Ländern. Sie versuchen nun, die Euro-Staaten in eine Transfer-Union hineinzutreiben, damit die soliden Staaten den überschuldeten helfen, ihre Schulden mit Zinsen vollständig zu tilgen. Darunter befinden sich auch Spekulanten, die seit Beginn der Schuldenkrise die Anleihen zu niedrigen Kursen aufgekauft haben und auf Rückzahlung zu 100% hoffen. Alle zusammen nutzen den verbreiteten Irrtum aus, Staatsschulden würden den Euro in Gefahr bringen, und malen ein Horrorszenario aus. Sie fordern die Rettung des Euro und meinen doch nur die Rettung ihrer Anleiheforderungen.

Ihnen kam die Riege der Euro-Skeptiker in den Wirtschaftswissenschaften zu Hilfe – darunter viele angesehene Amerikaner. Sie haben schon immer die These vertreten, eine Gemeinschaftswährung von Staaten, die wirtschafts- und finanzpolitisch unabhängig bleiben, könne in Wirtschaftskrisen nicht funktionieren. Der Euro sei ohne die Schaffung eines echten europäischen Bundesstaates, der Vereinigten Staaten von Europa, wirtschaftspolitisch nicht vertretbar. Der Euro könne nicht eine Säule des Einigungsbauwerks, sondern nur sein Schlussstein, seine „Krönung“ sein. Die Euro-Befürworter hätten leichtfertig darauf gesetzt, der Euro werde die Vergemeinschaftung der Wirtschafts- und Finanzpolitik vorantreiben, also den Einigungsprozess beschleunigen. Das Scheitern des Europäischen Verfassungsvertrages in Volksabstimmungen zeige, dass es zu dem angestrebten, starken Bundesstaat Europa nie kommen werde. Der Euro müsse daher früher oder später scheitern. Zumindest müssten die Schuldenstaaten aus der Euro-Gemeinschaft schleunigst aus-

geschlossen oder der Euro-Raum in einen Nord- und einen Süd-Euro geteilt werden. Rette sich wer kann. Wenn das nicht gelinge, werde der Euro ganz verschwinden. Das war Wasser auf die Mühlen der „Eurokrise“-Horrorkampagne der mächtigen Anleihegläubiger.

Diese Interessentenkampagne ist leider erfolgreich. Auch viele Politiker reden immer noch davon, sie müssten eine „Euro-Krise“ abwenden. Die politische Wirkung ist verheerend, weil die Bevölkerung in ihrem Irrtum, dass Staatsschulden den Wert des Euro gefährden, bestärkt und massiv verunsichert wird. Gerade in Deutschland haben die Staatsschulden aus den beiden Weltkriegen im vergangenen Jahrhundert zu zwei Hyperinflationen mit anschließenden Währungsreformen geführt, die im Gedächtnis aller vermögenden Familien unauslöschliche Spuren hinterlassen haben, weil sie viele Familien sozial abstürzen ließen.

Der historische Schritt zur Unabhängigkeit der Notenbanken

Alle Krisen-Apostel und Krisen-Gläubigen übersehen die Bedeutung einer zwischenzeitlichen Maßnahme. Wegen der historischen Erfahrungen mit der nationalen Schulden- und Währungspolitik wurde – zunächst in Deutschland – eine ordnungspolitische Konsequenz gezogen, die ein Paradigmenwechsel war, der sich bewährt hat: Die Notenbank wurde unabhängig von der Politik; außerdem wurde sie auf das Ziel der Geldwertstabilität verpflichtet. Sie konnte seither Maßnahmen ergreifen, die der Politik nicht gefielen. Und sie tat dies auch, wenn sie es zur Wahrung der Geldwertstabilität für erforderlich hielt. Sie hat im Laufe der Jahrzehnte gelernt, dieses Ziel immer zuverlässiger zu erreichen. Die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB) ist noch größer als die der Bundesbank – gerade weil sie keinem europäischen Bundesstaat gegenübersteht, der in ihr Geschäft politisch eingreifen könnte.

Wer die europäische Vereinigung voran treiben, gar einen Bundesstaat schaffen möchte, sollte darauf verzichten, das Vertrauen der Bevölkerung in eine bestehende europäische Institution, den

Euro, zu schwächen. Wenn bereits geschaffene europäische Institutionen nur schlecht funktionieren, warum dann weitere schaffen? Es ist jetzt für die Politiker nicht mehr leicht, auf die „Euro-Krise“ als politisches Schreckgespenst zur Rechtfertigung gewichtiger Maßnahmen zu verzichten. Aber ihr Geschrei lenkt nur ab von der Wahrnehmung der ökonomischen Kraft und Strenge des Euro. Es wird Zeit, die Lautstärke zu mindern und die ökonomischen Tatsachen ins Auge zu fassen und in das Bewusstsein der Bevölkerung zu heben. Dann können die wirklichen Probleme gelöst werden.

Wir haben nur eine Staatsschulden- und Finanzmarktkrise

Der Euro ist also nicht in Gefahr, sondern nur ein paar Euro-Staaten und viele Kapitalsammelstellen (Versicherungen, Investmentfonds oder Banken) in den EU-Staaten und weltweit, denn das Kapital agiert bekanntlich global. Einige Kapitalsammelstellen sind so groß oder so stark mit anderen Finanzinstitutionen vernetzt, dass sie Systemrelevanz haben, also nicht insolvent werden dürfen. Der Zusammenbruch systemrelevanter Finanzinstitutionen lässt die Märkte zusammenbrechen, in denen sie tätig waren. Da müssen die betroffenen Staaten kurzfristig helfen, wie sie es in der Finanzkrise in den Jahren 2007 bis 2010 vielfach getan haben. Mittelfristig müssen die Staaten aber die Gefahr beseitigen, erpressbar zu sein. Wer zu groß ist (too big to fail), ist wirklich zu groß; er muss kartellrechtlich entflochten werden. Private Macht darf in einer freien Gesellschaft nicht fortbestehen – auch dann nicht, wenn sie völlig rechtmäßig entstanden ist.¹ Die kurzfristige Hilfe an nationale Banken ist billiger und ordnungspolitisch eher vertretbar als der unumkehrbare Schritt in eine europäische Transfer-Union.

Auch den überschuldeten Euro-Staaten sollte man helfen, die Staatshaushalte mit geringeren Einschnitten in den Lebensstandard ihrer Bürger in ein Gleichgewicht zu bringen, als sie jetzt noch zu befürchten sind. Je besser ihre Wirtschaft floriert, umso erfolgreicher können wir mit ihnen Handel treiben. Tiefgreifende Rezessionen stören

die europäische Arbeitsteilung und damit auch die Wohlstandsentwicklung in Deutschland. Zur Sanierung der Staatshaushalte ist ein Teil der Schuldenlast den Gläubigern aufzubürden und der Rest zu tragbaren Zinsen sehr langfristig umzuschulden. Dass die am 21. Juli 2011 vereinbarten Maßnahmen² ausreichen werden, muss bezweifelt werden.

Insolvenz von Euro-Staaten

Für eine geregelte Insolvenz von Staaten fehlt noch ein geeigneter europarechtlicher Rahmen. Ihn zu schaffen erscheint dringlich, weil der Londoner Club, der bisher in solchen Fällen tätig wird, sich jedes Mal erst wieder neu erfinden muss. Europa braucht eine Art überstaatliches Vergleichsverfahren, dessen Ziel die Reduzierung der Zins- und Tilgungslasten überschuldeter Staaten im Wege eines Forderungsverzichts der Gläubiger ist. Am Ende des Verfahrens darf nur eine tragbare Gesamtverschuldung übrig bleiben, die eine Haushaltsführung ohne Netto-Neuverschuldung ermöglicht. Das entspricht dem Ziel der Schuldenbremse im deutschen Grundgesetz und ermöglicht die Aufnahme neuer Kredite zur Tilgung alter Kredite zu vertretbaren Zinsen. Die Arbeit an einem solchen geregelten Insolvenzverfahren wird als Drohkulisse Sofortmaßnahmen erleichtern, die dasselbe Ziel anstreben. Dazu gibt es Vorschläge, über die bereits verhandelt wird. Diese Sofortmaßnahmen und notfalls eine geregelte Insolvenz werden den Problemstaaten hoffentlich bald einen Neustart ohne regionale, tief einschneidende Rezessionen erleichtern.

Der strenge Euro wird die Mitgliedsstaaten auch künftig auf den Pfad wirtschafts- und finanzpolitischer Konvergenz zwingen. Die Schuldenkrise hat den Staaten und den weltweiten Finanzmärkten wohl ein- für allemal klargemacht, dass sich kein Beteiligter dem gerechten Euro-Maßstab entziehen kann. Der Euro wird daher gestärkt aus der Schuldenkrise hervorgehen. Es wird weltweit erkannt werden, dass eine gut geführte supranationale Währung einzelne Mitgliedsstaaten genauso wie kleine und große Unternehmen zur Aufgabe von Misswirtschaft zwingt.

Unternehmen können untergehen, Staaten und

Privatpersonen müssen weiterleben und dürfen daher nur auf ihr Existenzminimum herabgedrückt werden. Das nationale Insolvenzrecht nimmt Privatpersonen alles, was sie zumutbar entbehren können, auch Teile des zukünftigen Einkommens, lässt ihnen aber das Existenzminimum und stellt sie nach einigen Jahren von den Altschulden frei. Es wird Gegenstand einer europäischen Insolvenzordnung für Staaten sein, ihr Existenzminimum zu konkretisieren und zu sichern, damit ihre Bürger auf einer geordneten Basis weiterwirtschaften können.

Konvergenzstreben aus Eigeninteresse

Staatsschulden sind wegen der großen Unabhängigkeit der EZB keine Gefahr mehr für die anzustrebenden niedrigen, aber stabilen Inflationsraten. Das sollten vor allem die Euro-Befürworter begreifen und nur noch von einer Staatsschuldenkrise, aber nie mehr von einer Euro-Krise sprechen. Es würde ihre Position gegenüber den Euro-Skeptikern³ stärken. Diese haben allen Anlass, ihre Vorhersagen an der Realität zu überprüfen.

Die wirtschafts- und finanzpolitische Konvergenz wird im Euro-Wirtschaftsraum künftig aus Eigeninteresse von den Einzelstaaten angestrebt werden und bedarf keiner Befehle mächtiger europäischer Institutionen. Der Stabilitätsvertrag zum Schutze des Euro ist überflüssig, seine geplante⁴ Verschärfung erst recht. Man stelle sich die Vertrauenskrise vor, wenn die neuen Verträge nicht ratifizierbar sind. Rechtliche Regeln schaffen kein verlässliches Vertrauen in den Euro – ihre vorhersehbare Übertretung zerstört es immer wieder. Verlass ist nur auf die ökonomischen Wirkungen des strengen Euro. Sie müssen in das Bewusstsein gehoben werden – innerhalb und außerhalb des Euro-Raumes. Es ist nicht erforderlich, zum Schutze des Euro die wirtschafts- und haushaltspolitische Souveränität der Euro-Staaten rechtlich einzuschränken.

Einzelstaaten, die eine schlechte Wirtschaftspolitik betreiben, werden ihrer Bevölkerung einen vergleichsweise niedrigen Lebensstandard beschern. Was in der Marktwirtschaft für jeden Einzelnen gilt, gilt im Gemeinsamen Markt auch

für die dazu gehörigen Volkswirtschaften: Die Einkommenshöhe hängt allein vom Leistungsbeitrag, also von der Leistungsfähigkeit und vom Leistungswillen ab; der Lebensstandard in einer Volkswirtschaft hängt immer auch ab von der Qualität der nationalen Wirtschaftspolitik.

Einzelstaaten, die beim Schuldenmanagement versagen, werden von Zeit zu Zeit durch rigorose Haushaltssanierung in harte Rezessionen geraten. Diese Lehre sollte durch die aktuelle Staatsschuldenkrise allseits angekommen sein. Wie Deutschland sollten auch die anderen Mitgliedsstaaten sich künftig aus Eigeninteresse bemühen, ohne Netto-Neuverschuldung auszukommen und übermäßige Gesamtverschuldung durch Netto-Tilgung wieder abzubauen.

Aber weil zur souveränen Freiheit der Staaten auch die Verantwortung und Haftung für die eigenen Fehler gehört, müssen sie sich bei Totalversagen künftig einem geregelten Insolvenzverfahren stellen, um eine verlorene Kreditwürdigkeit zügig wiederherstellen zu können. Wir stellen insolvenzgefährdete Unternehmen und Privatpersonen auch nicht unter staatliche Vormundschaft, wie sie mit der Verschärfung des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes für die Schuldenstaaten angestrebt wird. Die Zwangsverwaltung beginnt erst mit der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens, für die strenge Voraussetzungen erfüllt sein müssen.

Die EZB nicht aus der Verantwortung entlassen

Die vorausgehenden Betrachtungen abschließend, ist darauf aufmerksam zu machen, dass die Strenge, mit der der Euro wirkt, von der EZB bestimmt wird. Sie kann dem ganzen Geleitzug ein zu niedriges Wirtschaftswachstum, ja sogar eine Austerity-Politik aufzwingen. Dann haben es die schwächeren Staaten noch schwerer, wieder Fahrt zu gewinnen, und die stärkeren Staaten noch schwerer, den anderen bei der Krisenbewältigung zu helfen. Es gilt, für stabile, aber nicht zu niedrige Inflationsraten bald das richtige Maß zu finden und konsequent einzuhalten. Aber dazu sind die notwendigen Einsichten in der Volkswirtschaftslehre noch nicht weit genug

verbreitet und innerhalb der EZB offenbar noch gar nicht angekommen.⁵

Unter dem makroökonomischen Druck eines zu strengen Euro haben Griechenland und andere Schuldenstaaten kaum eine Chance für einen nachhaltigen Wirtschaftsaufschwung. Ihr Schuldenstand lässt ihnen keinen Spielraum für die Ausweitung der Staatsnachfrage zur Ankurbelung der Wirtschaft. Sie müssen auf neue Mittel und Wege sinnen.

Skizze einer geldpolitischen Notlösung

Angebotspolitische Maßnahmen wie Steuersenkungen verbieten sich. Andere Verbesserungen der Angebotsbedingungen wie eine durchgreifende Entbürokratisierung sind möglich, wieder andere wie die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte oder die Abschaffung von Reglementierungen der Verkehrsmärkte zur Verschärfung des Wettbewerbs und Förderung der Produktivität sind in einer schrumpfenden Wirtschaft politisch kaum radikal genug durchsetzbar, ohne noch mehr politische Unruhen zu riskieren.

Nachfragepolitisch gibt es aber noch andere Maßnahmen als die Ausweitung der Staatsnachfrage. Es kommt darauf an, die privaten Geldbesitzer – große und kleine – zu motivieren, von ihren Einkommen so viel wie möglich rasch für die Beschaffung von Waren und Dienstleistungen zu verwenden und nicht auf ihren Geldbeständen sitzen zu bleiben, weil ihnen die wirtschaftliche Lage zu unsicher erscheint.

Dieses Ziel verfolgen Bürgerinitiativen in mehreren Ländern Europas, die Regiogelder mit einer Umlaufsicherung eingeführt haben. Am bekanntesten ist in Deutschland der „Chiemgauer“, dessen Nutzerzahlen und Verbreitungsgebiet ständig wachsen.⁶ Historisch unvergessen sind aus den 1930er Jahren auch die kommunalen Experimente in Wörgl und andernorts; sie waren messbar erfolgreich in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und des wirtschaftlichen Niedergangs. Alle diese Erfahrungen könnten nun in Griechenland und in den anderen betroffenen Staaten von Bürgerinitiativen und/oder Kommunen genutzt werden. Solche Initiativen werden die Wirtschaft

dieser Staaten zwar nicht hinreichend ankurbeln können, weil ihnen die Breitenwirkung fehlt. Aber sie wären eine Chance, das öffentliche Bewusstsein auf die Notwendigkeit zu lenken, die Wertaufbewahrungsfunktion der Zahlungsmittel einzuschränken, damit das Geld sich dem wirtschaftlichen Kreislauf nicht entzieht, sondern ihn hinreichend antreibt.

Das könnte einen Schritt politisch vorbereiten, der wirklich helfen könnte, diese Staaten wieder auf einen Wachstumspfad mit Vollbeschäftigung und steigenden Steuereinnahmen zu führen – die Einführung eines nationalen, staatlichen Regiogeldes neben dem Euro. Die Länder müssten aus der Euro-Währungsunion nicht austreten. Sie müssten auch keine nationale volle Parallelwährung mit schwankenden Wechselkursen zum Euro einführen; das hätte doppelte Preisauszeichnungen und zusätzliche Vertragsabsprachen über die anzuwendende Währung zur Folge. Der Euro kann der einzige Wertmesser und Vertragsgegenstand bleiben, wenn das staatliche Regiogeld das Wertverhältnis 1:1 zum Euro wahrt, wie es der „Chiemgauer“ auch tut.

Die Vorteile staatlichen Regiogeldes

Nationales Regiogeld hat den Vorteil, im jeweiligen Staat bald flächendeckend verbreitet zu sein. Der Staat kann seine Geldleistungen in nationalem Regiogeld erbringen, also Aufträge, aber auch Gehälter und Renten darin bezahlen und sich bereit finden, Steuern und Gebühren in Regiogeld anzunehmen. Umlaufgesichertes Geld würde dann einen großen Teil der Konsumentenumsätze abwickeln und über die Handelsstufen bis zu den Herstellerunternehmen vordringen, die damit auch Lieferanten und Gehälter zahlen könnten. Auf allen Wirtschaftsstufen und in allen Branchen würde die Nachfrage belebt, weil das Regiogeld rascher ausgegeben wird. Unausgelastete Kapazitäten werden wieder beschäftigt.

Darüber hinaus kann staatliches Regiogeld mit Vorteilen ausgestattet werden, die privates oder kommunales Regiogeld nicht in Anspruch nehmen können: Der Staat kann seinem nationalen Regiogeld einen wohlvertrauten Namen geben, z.B. in Griechenland „Drachme“. Weiterhin kann der

Staat einen Annahmezwang für sein Regiogeld gesetzlich festlegen. Dieser besteht auch für den Euro. Man spricht von der Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel; seine Annahme darf nicht verweigert werden. Alle Verträge – alte und neue – würden weiter auf Euro lauten. Aber weil das Wertverhältnis 1:1 zum Euro gesetzlich gewährleistet ist und Annahmezwang besteht, kann jeder Zahlungspflichtige im Inland selbst entscheiden, ob er in Euro oder in Drachme bezahlen will. Wer will, braucht nur noch die Drachme im Geldbeutel bei sich zu haben. Die Händler kommen allerdings um zwei Kassen nicht herum.

Die Nachfragebelebung und das Preisniveau

Der Anteil der Chiemgauer-Umsätze ist zu gering, um spürbar Einfluss auf die Entwicklung des Preisniveaus zu nehmen. Bei einem staatlichen Regiogeld wäre das anders. Es gibt zwar auch bei ihm – wie beim Chiemgauer – nur Euro-Preise, aber der Anteil der Drachme-Umsätze wird sicher bald höher sein als der Anteil der Euro-Umsätze – jedenfalls auf der Ebene der Konsumentenpreise. Die Umlaufgeschwindigkeit und die Menge der nationalen Zahlungsmittel hätten auf die Entwicklung des Preisniveaus in Griechenland daher selbstverständlich ebenso Einfluss wie die Menge der umlaufenden Euro – auch wenn davon auszugehen ist, dass die Drachme mit höherer Geschwindigkeit umlaufen wird als der Euro. Die Differenz der Umlaufgeschwindigkeit wird durch das umgekehrte Mengenverhältnis kompensiert.

Bei einer echten Parallelwährung müsste die griechische Notenbank die Wertentwicklung der Drachme steuern, weil es Drachme-Preise gibt. Der Wechselkurs zwischen Drachme und Euro könnte sich frei entwickeln oder von Griechenland administrativ festgelegt werden. Was zum erfolgreichen Umgang mit festen Wechselkursen geldpolitisch zu tun ist, wissen kluge Notenbanken. Sie müssen nicht den Binnenwert, sondern den Außenwert ihrer Währung steuern – anders ausgedrückt: sie müssen sich der Geldwertpolitik der EZB unterwerfen.

Das hier vorgeschlagene nationale Regiogeld beschränkt sich auf die Funktion als Zahlungs-

mittel und perfektioniert diese Funktion durch Geldhaltungsgebühren, die die Wertaufbewahrungseigenschaft des nationalen Regiogeldes etwas einschränken und dadurch seinen stetigen Umlauf sichern. Die Wertmesserfunktion bleibt allein beim Euro und daher auch allein in der Verantwortung der EZB, die nichts weiter zusätzlich tun muss, als die Drachme-Geldmenge zu beobachten und im Bedarfsfall ebenso zu begrenzen wie die Euro-Geldmenge. Nennenswerte Preissteigerungen drohen von der Drachme erst, wenn Vollbeschäftigung eingetreten ist, also die Wirtschaft an der Kapazitätsgrenze arbeitet, so dass das Angebot nicht weiter wachsen kann. Dann muss auch die Drachme-Geldmenge begrenzt oder zurückgefahren werden.

Zukünftig elektronisches Geld?

Nachteile des bisher bekannten Regiogeldes sind das Markenkleben als Form der Gebührenerhebung und das Fehlen von Münzen. Beim Chiemgauer hat der kleinste Schein einen Wert von einem Euro. Cent-Beträge müssen daher in Euro-Münzen beglichen werden. Die staatliche Drachme könnte besteuert (mit Haltegebühren belegt) werden, ohne Marken auf Geldscheine zu kleben, wenn sie in der einen oder anderen Weise als elektronisches Zahlungsmittel konstruiert würde. Damit wäre der Vorwurf, den kürzlich auch die FAZ erhob⁷, die Umlaufsicherung des Geldes sei zu umständlich, entkräftet.

Durch das Aufkleben von Gebührenmarken wird der volle Nennwert des Geldscheins wiederhergestellt – beim Chiemgauer vierteljährlich. Man könnte auf die Gebührenmarken verzichten und einfach den Zahlwert des Scheins mit dem Zeitablauf fallen lassen, z.B. um fünf Prozent pro Jahr oder um 0,1% wöchentlich. Der us-amerikanische Geldtheoretiker und Notenbanker Marvin Goodfriend hat vorgeschlagen, Geldscheine mit maschinenlesbaren Magnetstreifen auszustatten, in die ihre periodische Wertminderung einprogrammiert wird.⁸ Beim täglichen Zahlungsverkehr an den Kassen werden die aktuellen Zahlwerte der Scheine maschinell berechnet, auf dem Kassenzettel ausgewiesen und ebenso addiert wie die Preise der gekauften Waren. Schon heute wird an

vielen Kassen die Zahlung eingegeben und das Rückgeld berechnet und alles auf dem Kassenzettel neben den Warenmengen und -preisen ausgewiesen. Auch Münzen könnten sicher zusätzlich maschinenlesbar mit einem fallenden Zahlwert gestaltet werden.

Eine Alternative wäre der Übergang zu einem rein elektronischen gesetzlichen Zahlungsmittel. Jeder Bürger erhält ein zusätzliches Drachme-Girokonto mit einer Drachme-Geldkarte. Drachme-Scheine und -Münzen sind dann nicht notwendig. Auch Kleinbeträge brauchen dann – anders als beim Chiemgauer – nicht in Euro-Münzen herausgegeben zu werden. Vor jeder Zu- oder Abbuchung würde der Kontostand elektronisch um den Drachme-Betrag reduziert, der der Höhe des staatlichen Gebührensatzes seit der letzten Buchung entspricht. Die elektronische Gebührenerhebung könnte tagesgenau erfolgen wie die Berechnung eines Kreditzinses.

Sicherlich bedürfen einige weitere mit diesem Konzept verbundene Fragen noch einer Klärung. Eine Gelegenheit zur Diskussion hierüber bietet eine Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung am 19./20. November 2011 in Bad Boll. Vgl. hierzu den Veranstaltungshinweis auf Seite 75.

Anmerkungen

- 1 Siehe die Aufsätze von Franz Böhm und Fritz Andres in der Schriftenreihe „Fragen der Freiheit“ Heft 277-278/ Februar 2009 – www.sffo.de
- 2 Erklärung der Staats- und Regierungschefs des Euro-Währungsgebiets und der EU-Organe, Brüssel 21.7.2011 – http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/124011.pdf
- 3 Interview mit Wilhelm Hankel „Der Euro bleibt eine ökonomische Dummheit“, in: Financial Times Deutschland vom 24.7.2011 – <http://m.ftd.de/artikel/60082511.xml?v=2.0>
- 4 Siehe die Erklärung vom 21. Juli 2011 – Nr. 13; siehe oben Fußnote 2
- 5 Eckhard Behrens, Wie viel Inflation?, in der Schriftenreihe „Fragen der Freiheit“ Heft 265/2004, S. 3-19, sowie derselbe zur Finanzkrise, in: Fragen der Freiheit Heft 281/2010, Seite 30, 34ff.
- 6 Nähere Informationen: www.chiemgauer.info. – Vgl. auch die Internetseite www.regiogeld.de
- 7 Julia Lauer, Noch so ein Schwundgeld, in: FAZ vom 16.06.2011, S. 11 – <http://www.faz.net/artikel/C30176/regionalwaehrung-im-chiemgau-noch-so-ein-schwundgeld-30440475.html>
- 8 Marvin Goodfriend, Overcoming the Zero Bound on Interest Rate Policy, Working Paper 2000-03 der Federal Reserve Bank of Richmond http://www.richmondfed.org/publications/research/working_papers/2000/wp_00-3.cfm